

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	IX
Einführungsliteratur	XV
Erster Abschnitt: Grundlagen	1
A. Begriff und Aufgaben des Zivilprozesses	1
I. Selbsthilfe und Justizgewährungsanspruch	1
II. Die Aufgaben des Erkenntnisverfahrens	1
III. Warum „geht jemand vor Gericht“ und warum tut er das nicht?	3
IV. Einordnung und Rechtsquellen	4
B. Prozessgrundsätze	4
I. Grundsätze betreffend die Aufgabenverteilung zwischen Gericht und Parteien	5
1. Dispositionsgrundsatz	5
a) Einleitung des Verfahrens	5
b) Bindung an den Antrag	5
c) Einlegung von Rechtsmitteln	5
d) Disposition über den Streitgegenstand	6
2. Verhandlungsgrundsatz/Untersuchungsgrundsatz	6
3. Amtsbetrieb	9
II. Grundsätze betreffend die Gestaltung des Verfahrens als „fair trial“	9
1. Grundsatz der Mündlichkeit	9
2. Grundsatz der Unmittelbarkeit	9
3. Grundsatz der Öffentlichkeit des Verfahrens	10
4. Grundsatz des beiderseitigen rechtlichen Gehörs	10
5. Grundsatz der Verfahrenskonzentration	12
C. Grober Überblick über den typischen Gang eines Zivilprozesses in der Praxis	13
Zweiter Abschnitt: Die Zivilgerichtsbarkeit	15
A. Trennung der ordentlichen Gerichtsbarkeit von der Verwaltung	15
B. Die Zulässigkeit des Rechtswegs	16
I. Problemstellung	16
II. Die Zulässigkeit des Gerichtswegs	17
1. Abgrenzung zur Verwaltung	17
2. Behandlung der Unzulässigkeit des Gerichtswegs	18
III. Die Zulässigkeit des ordentlichen Rechtswegs	18
1. Ordentliche Gerichtsbarkeit (Zivil- und Strafggerichtsbarkeit)	18
2. Sondergerichte	18
a) Sondergerichte des öffentlichen Rechts	19
b) Sondergerichte des Privatrechts	19
3. Behandlung der Unzulässigkeit des ordentlichen Rechtswegs	19
IV. Die Zulässigkeit des streitigen Rechtswegs	19
1. Streitiger Rechtsweg	19
2. Außerstreitiger Rechtsweg	20
3. Vollstreckungsverfahren	20
4. Insolvenzverfahren	20
5. Zivilgerichte und Strafgerichte	21
V. Zugehörigkeit zur ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit	21
C. Inländische Gerichtsbarkeit	21
I. Begriff der inländischen Gerichtsbarkeit	21
II. Einschränkungen der inländischen Gerichtsbarkeit (Immunitäten)	21

D. Die ordentlichen Gerichte	22
I. Gerichtsorganisation	22
1. Bezirksgerichte	23
2. Gerichtshöfe erster Instanz (Landesgerichte, HG Wien, ASG Wien)	23
3. Oberlandesgerichte	23
4. Oberster Gerichtshof	24
II. Instanzenzug	24
III. Gerichtsbesetzung	24
1. Gerichtsbesetzung in erster Instanz	24
2. Gerichtsbesetzung in höherer Instanz	25
3. Entscheidungsfindung im Senat	25
4. Fehlerhafte Gerichtsbesetzung	26
IV. Prinzip der festen Geschäftsverteilung	26
E. Die Gerichtspersonen	27
I. Richter	27
1. Berufs- oder Laienrichter?	27
2. Die richterliche Unabhängigkeit	27
3. Justizverwaltung	27
II. Rechtspfleger (Diplomrechtspfleger)	28
III. Geschäftsstelle	28
IV. Unparteilichkeit der gerichtlichen Organe	28
1. Ausschlussgründe	29
2. Befangenheitsgründe	29
3. Ablehnungsverfahren	30
Dritter Abschnitt: Zuständigkeitsordnung	31
A. Die Zuständigkeit im Allgemeinen	31
B. Die internationale Zuständigkeit	32
I. Begriff der internationalen Zuständigkeit	32
II. Die Grenzen der internationalen Zuständigkeit	32
III. Ordination (§ 28 JN)	33
IV. Prüfung der internationalen Zuständigkeit	34
1. Prüfung nach dem autonomen österreichischen Recht	34
2. Prüfung nach EuGVVO/LGVÜ 2007	35
V. Die internationale Zuständigkeit nach EuGVVO, LGVÜ 2007 und Brüssel IIb-VO	36
1. Entwicklung	36
2. Anwendungsbereich	37
a) Sachlicher Anwendungsbereich	37
b) Räumlich-personeller Anwendungsbereich	37
3. Allgemeine Zuständigkeit und besondere Zuständigkeiten nach den Verordnungen und Übereinkommen	39
a) Das Zuständigkeitssystem von EuGVVO 2012 und LGVÜ 2007	39
b) Das Zuständigkeitssystem der Brüssel IIb-VO	41
C. Die sachliche Zuständigkeit	41
I. Der Begriff der sachlichen Zuständigkeit	41
II. Die sachliche Zuständigkeit der verschiedenen Gerichtstypen	42
1. Zuständigkeit der (allgemeinen) Bezirksgerichte	42
2. Zuständigkeit der (allgemeinen) Landesgerichte	42
3. Zuständigkeit der Handelsgerichte und Bezirksgerichte für bzw in Handelssachen	42
4. Zuständigkeit der Arbeits- und Sozialgerichte	43

- III. Streitwertberechnung 43
 - 1. Bedeutung des Streitwerts 43
 - 2. Maßgeblicher Zeitpunkt 43
 - 3. Feststellung der Höhe des Streitwerts 43
- D. Die örtliche Zuständigkeit 44
 - I. Der Begriff der örtlichen Zuständigkeit (Gerichtsstand) 44
 - 1. Der allgemeine Gerichtsstand 44
 - 2. Die besonderen Gerichtsstände 45
 - II. Delegation 46
 - 1. Delegation im engeren Sinn 46
 - 2. Zuständigkeitsübertragung durch das angerufene Gericht 46
- E. Die Zuständigkeitsvereinbarung (Prorogation) 46
- F. Die Zuständigkeitsprüfung und die Folgen der Unzuständigkeit 48
 - I. Die Wahrnehmung der Unzuständigkeit im erstinstanzlichen Verfahren 48
 - 1. Die Wahrnehmung der Unzuständigkeit 48
 - 2. Die Überweisung an das nicht offenbar unzuständige Gericht auf Antrag des Klägers 49
 - a) Überweisungsantrag nach § 230a ZPO 49
 - b) Überweisungsantrag nach § 261 Abs 6 ZPO 49
 - II. Die Wahrnehmung der Unzuständigkeit im Rechtsmittelverfahren 50
- G. Die Entscheidung über die Zuständigkeit 50
 - I. Die Entscheidungsgrundlagen 50
 - II. Der maßgebliche Zeitpunkt 50
 - III. Form und Anfechtbarkeit der Entscheidung 51
- H. Kompetenzkonflikte zwischen Gerichten 51
- Vierter Abschnitt: Die Prozessparteien 53**
 - A. Der Parteibegriff 53
 - B. Die Bestimmung der Parteien 53
 - I. Bezeichnung der Parteien in der Klage 53
 - II. Fehler bei der Bestimmung der Partei 54
 - 1. Unrichtige Parteibezeichnung 54
 - 2. Zustellung der Klage an eine falsche Person 54
 - a) Zustellung an eine Person, die nach dem Inhalt der Klage nicht als Beklagter gemeint sein kann 55
 - b) Zustellung an eine Person, die nach dem Inhalt der Klage als Beklagter gemeint sein kann 55
 - C. Prozessstandschaft und Amtsparteien 55
 - I. Prozessstandschaft 55
 - II. Zur gesetzlichen Prozessstandschaft und Amtspartei 56
 - III. „Sammelklagen“ 56
 - D. Parteimehrheit (Streitgenossenschaft) 57
 - I. Begriff der Streitgenossenschaft 57
 - II. Arten von Streitgenossenschaften 57
 - 1. Übersicht 57
 - 2. Einfache Streitgenossenschaft (§ 11 ZPO) 58
 - a) Materielle Streitgenossenschaft (§ 11 Z 1 ZPO) 58
 - b) Formelle Streitgenossenschaft (§ 11 Z 2 ZPO) 58
 - 3. Einheitliche Streitpartei (§ 14 ZPO) 58
 - III. Die prozessualen Wirkungen von Streitgenossenschaften 59
 - 1. Wirkungen der einfachen Streitgenossenschaft 59
 - 2. Wirkungen der einheitlichen Streitpartei 59

E. Parteiwechsel und Parteibeitritt	59
I. Begriffe	59
II. Die Zulässigkeit des Parteiwechsels	60
1. Gesamt-(Universal-)rechtsnachfolge	60
2. Sonstige Fälle des Parteiwechsels (Insolvenz, Einzelrechtsnachfolge)	60
F. Nebenintervention	61
I. Begriff und Arten	61
II. Die Voraussetzungen der Nebenintervention	61
III. Beitrittsverfahren	62
IV. Die prozessuale Stellung des Nebenintervenienten	62
1. Die Stellung des einfachen Nebenintervenienten	63
2. Die Stellung des streitgenössischen Nebenintervenienten	63
3. Die Stellung des Untermieters im Kündigungs- und Räumungsverfahren gegen den Hauptmieter	63
V. Hauptintervention („Einmischungsklage“, § 16 ZPO)	64
G. Streitverkündung	64
I. Begriff und Zweck	65
II. Form und Wirkung	65
III. Auktorbenennung	65
H. Parteifähigkeit und Prozessfähigkeit	66
I. Parteifähigkeit	66
II. Prozessfähigkeit	66
III. Die prozessuale Behandlung der fehlenden Partei- und Prozessfähigkeit	67
I. Postulationsfähigkeit und Vertretung im Prozess	68
I. Postulationsfähigkeit	68
II. Vertretung im Prozess	68
1. Notwendigkeit und Zulässigkeit der Vertretung; Anwaltpflicht	68
a) Absolute Anwaltpflicht	68
b) Relative Anwaltpflicht	69
c) Gewillkürte Vertretung in Verfahren ohne Anwaltpflicht	69
2. Voraussetzungen für die Ausübung der Rechtsanwaltschaft	69
a) Nationale Regeln in Österreich für den Zugang zur Rechtsanwaltschaft und die Berufsausübung	69
b) Europa	69
3. Voraussetzungen und Wirkungen der Vertretung; Umfang der Vollmacht	70
4. Nachweis der Bevollmächtigung	71
5. Erlöschen der Vollmacht	71
6. Behandlung der Vertretung im Prozess	72
7. Die Folgen eines Mangels der Vertretungsmacht	72
a) Vorläufige Zulassung als Bevollmächtigter (§ 38 ZPO)	72
b) Wahrnehmung des Mangels der Bevollmächtigung im Prozess	72
Fünfter Abschnitt: Die Klage	73
A. Funktion der Klage	73
B. Die Klagearten	74
I. Leistungsklage	75
1. Leistungsklage im engeren Sinn	75
2. Duldungsklage	75
3. Unterlassungsklage	75

II. Feststellungsklage	76
1. Feststellungsfähiges Recht oder Rechtsverhältnis	76
2. Rechtliches Interesse	77
3. Bedeutung der Feststellungsklage	78
4. Zwischenantrag auf Feststellung	78
III. Rechtsgestaltungsklage	79
1. Funktion der Rechtsgestaltungsklage	79
2. Arten von Rechtsgestaltungsklagen	79
C. Klagenhäufung	80
I. Begriff und Arten	80
II. Voraussetzungen der objektiven Klagenhäufung	80
III. Arten der objektiven Klagenhäufung	81
1. Kumulative Klagenhäufung	81
2. Eventualklagenhäufung	81
3. Alternative Klagenhäufung	81
IV. Verbindung und Trennung von Verfahren (§§ 187, 188 ZPO)	82
D. Widerklage	82
I. Die Widerklage im österreichischen Recht	82
1. Die Voraussetzungen der Widerklage	82
2. Die Bedeutung der Widerklage	83
3. Unterschiede der Widerklage zur Geltendmachung einer Gegenforderung mittels Aufrechnungseinwendung	83
4. Die Widerklage nach Art 8 Nr 3 EuGVVO 2012 bzw Art 6 Nr 3 LGVÜ 2007	84
E. Inhalt und Bestimmtheit der Klage	84
I. Inhalt der Klage	84
II. Klageerzählung und Schlüssigkeit	84
III. Bestimmtes Begehren	85
1. Bestimmtheitsgebot	85
2. Bedingungsfeindlichkeit	85
3. Ausnahmen vom Bestimmtheitserfordernis	85
F. Die Klageerhebung	86
I. Gerichtsanhängigkeit	86
1. Prozessrechtliche Wirkungen der Gerichtsanhängigkeit	86
2. Materiellrechtliche Wirkungen der Gerichtsanhängigkeit	86
II. Die Prüfung der Klage durch das Gericht	87
1. Zuständigkeitsprüfung	87
2. Die Prüfung der übrigen Prozessvoraussetzungen	87
3. Die Prüfung der Form- und Inhaltvorschriften der Klage	87
III. Das weitere Vorverfahren	87
IV. Zustellung der Klage an den Beklagten	88
V. Die Streitanhängigkeit	89
1. Prozessuale Wirkungen der Streitanhängigkeit	89
2. Die Streitanhängigkeit als Prozesshindernis	89
a) Negative Prozessvoraussetzung	89
b) Identität der Parteien und des Streitgegenstandes	89
c) Streitanhängigkeit bei Aufrechnungseinwendung	90
d) Internationale Streitanhängigkeit	90
3. Materiellrechtliche Folgen der Streitanhängigkeit	91

Inhaltsverzeichnis

G. Die Prüfung der Prozessvoraussetzungen 91

 I. Der Begriff der Prozessvoraussetzung 91

 II. Positive und negative Prozessvoraussetzungen 91

 1. Positive Prozessvoraussetzungen 91

 2. Negative Prozessvoraussetzungen (Prozesshindernisse) 92

 III. Absolute und relative Prozessvoraussetzungen 92

 IV. Die prozessuale Behandlung der Prozessvoraussetzungen 93

 1. Prüfung von Amts wegen 93

 2. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Prüfung 93

 3. Die Entscheidung über Prozessvoraussetzungen 93

 4. Die Rangordnung der Prozessvoraussetzungen und die Reihenfolge der Prüfung 94

H. Der Streitgegenstand 95

 I. Die Bedeutung des Streitgegenstandes 95

 II. Der Begriff des Streitgegenstandes 95

I. Die Klageänderung 97

 I. Änderung des Streitgegenstandes 97

 II. Zulässigkeitsvoraussetzungen für eine Klageänderung 97

 III. Form und Auswirkungen der Klageänderung 98

J. Die Veräußerung der streitverfangenen Sache 98

Stichwortverzeichnis 101